

«Zeitenwende» Schweiz

«Wenn wir zum Krieg rüsten, werden wir Krieg haben.»

»Bertolt Brecht

«Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen.

»Rosa Luxemburg

Am 27. Februar 2022 verkündete Olaf Scholz die Zeitenwende. Mit dem Überfall auf die Ukraine habe Putin einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen, aus dem einzigen Grund, dass die Freiheit der Ukraine sein eigenes Unterdrückungsregime infrage stelle. Zeitenwende, das bedeute, die Welt sei «nicht mehr dieselbe wie die Welt davor» (Scholz 2022). Auch hierzulande wurde die russische Invasion weitestgehend als Epochenbruch beschrieben. So schloss sich etwa die heutige Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter (KKS) dem damaligen Votum an: Die Welt sei nicht mehr die gleiche wie zuvor (Keller-Sutter 2022).

Und tatsächlich markiert die Zeitenwende eine Zäsur – vor allem in Europa wirbelt sie politische Gewissheiten durcheinander. Im Alltag drückt sich der Wandel am pointiertesten in der veränderten Stellung zu Krieg und Frieden aus. Wer heute für Abrüstung und Defätismus eintritt, wird schnell zum naiven Mittäter des «Bösen», zum Lumpenpazifisten oder Putins fünfter Kolonne. Wer es heute wagt, sich für ein Ende des Krieges in der Ukraine auszusprechen, gilt als gefährlicher als jene, die das Töten fortsetzen wollen.¹

Die veränderte Haltung zu Krieg und Sicherheit ist kein isoliertes Phänomen, sie ist Ausdruck eines globalen Krisenprozesses, der die Grundlagen der bisherigen Ordnung erschüttert. Die Weltwirtschaftskrise von 2007/08 markierte den Beginn eines bis heute anhaltenden Zyklus struktureller Instabilität, die längst über die ökonomische Sphäre hinausreicht und zentrale gesellschaftliche Bereiche erfasst. Dabei sind Staaten unterschiedlich betroffen. Besonders China konnte die Krise bislang deutlich effektiver bewältigen als viele westliche Länder – einschliesslich der USA. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich eine globale Machtverschiebung ab, bei der China die USA als Hegemon herausfordert. Währenddessen spült die Krise

in ineinandergreifenden, vielschichtigen Prozessen weltweit autoritäre Kräfte an die Macht – nicht um die Krisen zu lösen, denn dazu sind sie nicht in der Lage, sondern um sie reaktionär zu verwalten. In Europa verdichten sich diese Verschiebungen zu einer neuen sicherheitspolitischen Realität. Spätestens seit die USA mit der Aufhebung ihres transatlantischen Schutzschirms droht, wird der «alte Kontinent» hochgerüstet und auf Krieg eingestellt – Rheinmetall dankt mit einem Aktienkursgewinn von über 1800 Prozent seit Februar 2022 (Stand August 2025).

Auch die Schweiz bleibt von diesen Entwicklungen nicht unberührt. Die Organisation des schweizerischen Kapitalismus beruht auf einer besonderen Doppelrolle: Zwar als Teil des westlichen Blocks, aber ausgestattet mit bemerkenswerter politischer und wirtschaftlicher Autonomie. Die Schweiz ist eng mit der Europäischen Union verflochten und durch zahlreiche bilaterale Abkommen auch institutionell eingebunden, doch sie ist kein EU-Mitglied und unterliegt daher nicht denselben weitreichenden Verpflichtungen wie die Staaten innerhalb der Union. Sie versteht es, die Vorteile westlicher Integration zu nutzen, ohne sich deren politischen Entscheidungen dauerhaft zu unterwerfen – ein kalkuliertes Trittbrettfahren, das Jean Ziegler treffend als «sekundären Imperialismus» bezeichnete. Doch diese Sonderstellung gerät zunehmend unter Druck. Der Spielraum für ein selbstbestimmtes Agieren schrumpft. Von aussen steigt der Druck, sich politisch und ökonomisch unmissverständlich zum Westen zu bekennen. Die Neutralität wird neu vermessen; erwartet wird Loyalität und stärkere Einbindung in einen sich zunehmend militarisierenden westlichen Block – das erzeugt im Innern neue Konfliktlinien.

Volle Pulle

Die Zeitenwende macht auch vor der Schweiz nicht halt. Der Zahlungsrahmen der Armee wird um 4 Milliarden auf insgesamt 29,8 Milliarden Franken erhöht (VBS 2024a), bis 2032 sollen die Militärausgaben 1 Prozent des BIP ausmachen (VBS 2024b). Bereits heute gibt die Schweiz pro Kopf mehr Geld fürs Militär aus als etwa Deutschland, Italien oder Österreich (Schwager 2024). Und dennoch drängen bürgerliche Kräfte: Während Europa die Geldschleusen öffne, mache die Schweiz «nichts», schreibt *Der Bund* (Schmid 2025). Und in der *NZZ* fordert der kampfbereite Georg Häsler Woche für Woche ein Ende «des Zögerns, der Zurückhaltung» (Häsler 2024). Wer den «Militärexpertisen» von Oberst Kommandant Festungsminenwerfer Häsler folgt, könnte meinen, Putins Panzer stünden in der Ostschweiz und nähmen

Kurs auf Bern. Das lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Aufrüsten, Ausrüsten, Nachrüsten.

Getrieben von Stimmen, die im Namen europäischer Freiheit und Demokratie eine immer weitere Eskalation des Krieges (auch gegen den Willen einer wachsenden Zahl von Ukrainer:innen²) in Kauf nehmen, passt sich der Bundesrat einer zunehmend militarisierten sicherheitspolitischen Logik an – und das zweigleisig. Zeitenwende Schweiz heisst nicht nur Erhöhung des Rüstungsetats, sondern auch Annäherung an den imperialen Block des Westens: Übernahme der Sanktionen gegen Russland, Beschaffung des NATO-Kampfflugs F-35, Beitritt zur hauptsächlich gegen Russland gerichteten Skyshield-Initiative oder Teilnahme am europäischen Militarisierungsprojekt Permanent Structured Cooperation (PESCO).

Weiter verlangte der Bundesrat Mitte Februar die Kompetenz, «die Ausfuhrpolitik für Kriegsmaterial an sich ändernde geopolitische Gegebenheiten anpassen zu können» (News Service Bund 2025). Das diene nicht nur den aussen- oder sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz, sondern auch der Aufrechterhaltung einer an die Bedürfnisse der Schweizer Landesverteidigung angepassten industriellen Kapazität. Und tatsächlich: Sind die Rüstungsexporte in den letzten zwei Jahren noch um rund dreissig Prozent zurückgegangen, hat der Ständerat inzwischen eine Anpassung des Kriegsmaterialgesetzes beschlossen und erlaubt künftig den bewilligungsfreien Export (und beliebigen Weiterverkauf) von Kriegsmaterial in 25 ausgewählte Länder – ein positiver Entscheid des Nationalrats steht bevor (Gerny 2025).

Zeitenwende bedeutet weiter: Strategisch wichtigen Unternehmen die Profite sichern und sie an die kürzere Leine nehmen. Auch hierzulande schieben sich in geopolitisch instabilen Zeiten Sicherheit und Wirtschaft stärker ineinander (Koddenbrock/Iten 2025). Korruption und Missmanagement belasten nicht nur die Staatskasse, sie bedrohen auch die nationale Sicherheitsstrategie. So will der Bundesrat der heimischen Waffenschmiede Ruag eine neue Rechtsform verpassen, um die Kontrolle über das skandalgeschüttelte Unternehmen zu gewinnen: Die geopolitische Lage verlange «eine dynamischere politische Steuerung» (News Service Bund, 2024).

Der angestrebte Militarisierungskurs beinhaltet also weit mehr als Aufrüstung und greift tief in sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ein. Denn erstens folgt auf die Aufrüstungspolitik eine neue Sparrunde: Der Bundesrat plant massive Kürzungen bei den Staatsausgaben. Mit dem sogenannten Entlastungspaket 27, das von FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter vorgelegt wurde, sollen in den Jahren 2027 und 2028 2,7 respektive 3,6 Milli-

arden Franken eingespart werden (Eidgenössisches Finanzdepartement EFD, 2025). Zwar ist noch unklar (Stand Juni 2025), welche Kürzungen tatsächlich umgesetzt werden, doch angesichts der bürgerlichen Mehrheiten in Parlament und Regierung ist davon auszugehen, dass vor allem die arbeitende Bevölkerung die Last tragen wird (Idri 2025).

Zweitens geht die militärische Aufrüstung mit einer politischen und institutionellen Verengung einher, in der Repression gegen abweichende Positionen zunehmend zur Normalität wird. Im Zuge der sicherheitspolitischen Neuordnung verschärfen sich Tonlage und Vorgehen deutlich: Verbote und Polizeieinsätze gegen Palästina-solidarische Demonstrationen, die Auflösung des Instituts für Studien zum Nahen Osten und zu muslimischen Gesellschaften an der Universität Bern oder der kurzfristige Entzug der Bewilligung für Francesca Albaneses Veranstaltung, ebenfalls an der Universität Bern, stehen exemplarisch für eine wachsende Intoleranz gegenüber politisch unliebsamen Positionen. Auch der mediale Diskurs zieht nach: Armee-Influencer, militärfreundliche Inhalte in Schulformaten oder Soldatinnen auf Boulevardtitelseiten tragen zur gesellschaftlichen Normalisierung von Militarisierung bei (Stirnemann 2025; SRF Kids 2022, 2023). Und auch die Geschlechterverhältnisse bleiben von der umfassenden Militarisierung nicht unberührt. Bis zu ihrem letzten Amtstag setzte sich Verteidigungsministerin Viola Amherd aktiv für eine Steigerung des Frauenanteils in der Armee ein. Dazu gehörten unter anderem die Einführung obligatorischer Armee-Orientierungstage für junge Frauen, der Einsatz von Armee-Influencerinnen sowie die Einrichtung einer Dienststelle für Frauen (Weber 2025; Hartmann 2021). Gleichzeitig verlangt die «Service-Citoyen-Initiative» die allgemeine Dienstpflicht (in der Armee oder einem anderem Milizbereich) für Männer wie für Frauen (Junge Mitte 2025). Als Feigenblatt für die zunehmende Militarisierung hat die Gleichstellung der Geschlechter hinzuhalten.³

Schweiz als Seiltänzerin

Die immer enger werdende Verschränkung von Wirtschaft und Sicherheit verkompliziert die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik. Der ungebrochene Einsatz für Freihandel steht zunehmend im Widerspruch zur sicherheitspolitischen Beziehung zwischen der Schweiz und dem westlichen Bündnis. Vordergründig ist die Schweizer Regierung um ein klares Bekenntnis zum westlichen Block bemüht – doch hinter der diplomatischen Fassade versucht sie, die Handelswege in alle Richtungen offenzuhalten: «Die

Strategie der Schweiz muss es sein, zur EU, zu den USA und zu China offene Türen zu haben», meint das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) (Rosner 2025) – und das weiss auch der Bundesrat. Protektionismus kann sich leisten, wer über eine grosse, selbsttragende Binnenwirtschaft verfügt oder strategisch wichtige Ressourcen kontrolliert, und auch das nur beschränkt, wie im Falle der USA schnell ersichtlich wurde. Für kleine, offene Volkswirtschaften wie die Schweiz bietet der Protektionismus hingegen kaum brauchbare Werkzeuge (Spéth/Graff 2025). Deshalb treibt Ignazio Cassis im Hintergrund die Unterzeichnung des Mercosur-Abkommens voran (Iten 2025a) – obwohl die USA dies als Schritt in Richtung Brasilien, das eine führende Rolle bei den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) spielt, interpretieren dürfte. Dieser politische Seiltanz ist in einem auf Kompromisse ausgelegten System besonders schwierig und verzögert die Formulierung einer kohärenten aussenpolitischen Strategie. Die Schweiz hat sich in einem zunehmend schwierigen wirtschaftlichen Umfeld zu behaupten, zusätzlich erschwert die verstärkte Blockbildung das erfolgreiche Lavieren zwischen den Grossmächten. Vor diesem Hintergrund ringen die massgeblichen politischen Kräfte in der Schweiz um einen klaren Kurs – mit zwei Polen, die jeweils von der SVP und der SP bestimmt werden.

Die SVP setzt im Namen des Friedens auf uneingeschränkten Freihandel und hat dazu die «Neutralitätsinitiative» lanciert, der sich unter anderen Vorzeichen auch linke Kreise um die PdA (Partei der Arbeit der Schweiz) und die Friedensbewegung angeschlossen haben (PdA Bern 2025). Folgerichtig spricht sich die SVP gegen jede Annäherung an die NATO oder die EU aus. Im Abstimmungskampf verkauft sie die Neutralität als wirtschaftliches Erfolgsrezept und Friedensprojekt – wobei zumindest die erste Hälfte stimmt (Iten 2025c, 214). Die SVP möchte im Grundsatz die bisherige Politik fortführen – eine «*take-it-all*»-Politik, die darauf setzt, mit allen Seiten (inkl. China) zugleich Geschäfte machen zu können –, wird dabei aber von den globalen Entwicklungen überrollt. Diese, auf maximale Unabhängigkeit und blockfreie Handlungsfähigkeit ausgerichtete, Strategie dürfte zunehmend auf die Probe gestellt werden, je stärker sich die globalen Fronten verhärten. Man kann nicht zwei Pferde gleichzeitig reiten.

Die Festung der Freiheit

Auf der anderen Seite setzt Links-Grün-Mitte unter der Führung der Sozialdemokratischen Partei (SP) auf eine vertiefte Zusammenarbeit mit Europa. Ihr Gegenentwurf zur *Festung Schweiz* ist die *Festung Europa* (Rhyn 2025).

Cédric Wermuth⁴ und Fabian Molina sprechen sich für eine Annäherung an die EU aus, von der sie sich wachsende Selbstständigkeit gegenüber den USA erhoffen (Wermuth 2025a; Molina 2025). Europa soll nicht mehr Objekt amerikanischer Geopolitik sein, sondern eigenständiger Akteur. Diese Position erhebt Anspruch auf ein neues europäisches Selbstbewusstsein – paradoxerweise vorgetragen von Akteuren, deren Partei keinerlei tatsächliche machtpolitische Basis besitzt, um dieses Selbstbewusstsein zu untermauern. Die marginalisierte Stellung der Schweiz im internationalen System konterkariert diesen Gestus. Die Schweiz fordert europäische Souveränität, bleibt aber eine Zuschauerin auf der internationalen Bühne.

Das soll sich ändern, die SP will Teil der EU sein, die in ihren Augen keine imperialistische Akteurin darstellt, sondern ein «wirtschaftliches und friedenspolitisches Integrationsprojekt», das einem «inklusiven Multilateralismus» verpflichtet sei (SP 2024a, 8). Diese Sichtweise übersetzt sich in konkrete sicherheitspolitische Forderungen. Wermuth ist «dagegen, dass jeder Nationalstaat für sich aufrüstet» (Wermuth 2025a). So stellte sich die SP gegen die Erhöhung des Armeebudgets 2025 und begründete ihre Ablehnung doppelt: Erstens hätten die geplanten Mehrausgaben auf Kosten internationaler Zusammenarbeit, des Bundespersonals und anderer relevanter Bereiche gehen sollen. Zweitens würde eine kohärente Strategie für den Einsatz der zusätzlichen Mittel fehlen (SP 2024b). Eine grundsätzliche Positionierung gegen Militarisierung bleibt aus. Im europäischen Rahmen sei Aufrüstung nachvollziehbar, wenn sie klar auf Verteidigung ausgerichtet sei, meint Wermuth. Die Schweiz profitiere vom Schutz Europas, das sei jetzt «umso dringlicher», da sich die USA aus der Nato verabschiede (Wermuth 2025a).

Folgerichtig fordert die SP eine Anpassung der Exportgesetze für militärische Waren, damit die europäischen Staaten sie in die Ukraine exportieren könnten (SP 2024a, 8). Der europäische Hurra-Patriotismus der SP wird ununterscheidbar von den Parolen bürgerlicher Kräfte, wenn es heisst: «Donald Trump und seine Regierung haben ganz klar entschieden, dass ihr Hauptfeind unsere Lebensweise ist in Europa, nämlich Rechtsstaat, Demokratie und Freiheit.» (Wermuth 2025b) Wo diese hehren Werte im laufenden Genozid mit europäischen Waffen in Gaza zu finden sind, bleibt ein Rätsel. Zur Zeitenwende gehört eben auch, den europäischen Patriotismus so zu leben, dass man ihn nicht beschmutzt.

Klasseninteressen statt Blocklogik

Eine Linke, welche die Tiefe der durch die Zeitenwende ausgelösten Umbrüche erfasst und daraus politische Handlungsspielräume jenseits der zunehmenden Militarisierung nach aussen sowie der damit verknüpften Angriffe auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen im Innern entwickelt, bleibt bislang marginal. Denn selbst Teile der ausserparlamentarischen Linken in der Schweiz haben sich dem neuen militärischen Konsens angeschlossen und treiben ihn mit progressiver Rhetorik voran. Eine Reihe von Gruppen diskutiert eine «antikapitalistische und internationalistische Sicherheitspolitik» für Europa (BfS 2025). Stellvertretend dafür steht der Vorschlag, die europäische Aufrüstung mit Reichensteuern statt sozialen Kürzungen zu finanzieren (Perekhoda 2025; Müller 2025): Wo einst antimilitaristische Prinzipien galten, steht nun «Tax the rich for weapons» auf den Bannern. Aus dem Internationalismus, der einmal das gegenseitige Töten von Arbeiter:innen verhindern wollte, ist ein Internationalismus geworden, der das Töten mit linkem Vokabular legitimiert. Kurz gesagt: Aus Sorge vor einer äusseren Bedrohung entsteht eine Allianz mit den eigenen Herrschenden.

Unter dem Druck vermeintlich alternativloser Entscheidungen wird die Einreihung in einen der imperialen Blöcke als unabdingbar dargestellt und vollzogen. Der Fokus dieser Politik liegt stets auf dem Partikularen: Als Störung gelten wahlweise der russische oder der amerikanische Imperialismus – nicht aber der Imperialismus als strukturelle Konsequenz kapitalistischer Vergesellschaftung. Der Blick sollte sich stattdessen auf die Interessen der herrschenden Klasse in der Schweiz richten und auf deren Durchsetzung über den westlichen Block, etwa durch EU oder NATO. Der Kampf gegen den Imperialismus beginnt nicht in Moskau oder Washington, sondern hier.

Anmerkungen

- 1 «Wir riskieren, dass der Frieden in der Ukraine in Wahrheit gefährlicher ist als der Krieg, der gerade stattfindet», so Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen (Säwert 2025).
- 2 «Eine ganze Reihe von Indikatoren zeigt, dass die Menschen nicht weiter sterben wollen. Die Zahl der Männer, die illegal das Land verlassen, steigt. Und das Verhalten der Menschen ist vielleicht eine stärkere Evidenz für die Stimmung als das, was sie sagen», sagt Wolodymyr Ischtschenko (Zelik 2025).
- 3 Hinzu kommt: Eine zunehmende Militarisierung macht die Bewältigung der ökologischen Krise unmöglich (Gayle 2025), vgl. auch Weber in diesem Heft.
- 4 Die für einen SP-Co-Präsidenten ungewöhnlich scharfe Formulierung «Fuck you, Mr. Trump» lässt sich als Ausdruck einer parteipolitischen Kritik an der transatlantischen Dominanz deuten – verbunden mit der Hoffnung, dass sich auch die EU stärker von den USA emanzipiert. Symbolisch spielt sie auf die berüchtigte Aussage von Victoria Nuland während der Ukraine-Krise 2014 («Fuck the EU») an – allerdings mit umgekehrtem Adressaten.

Literatur

- Bewegung für Sozialismus (BfS), 2025: Gegen die Trump-Musk-Putin-Achse und die neoliberalen autoritären Regierungen Europas. Für eine antikapitalistische und internationalistische Sicherheitspolitik!. In: Sozialismus (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Edgenössisches Finanzdepartement EFD, 2025: Aufgaben Subventionsüberprüfung (online verfügbar, Abfrage 14.6.2025)
- Gayle, Damien, 2025: NATO military spending could increase emissions, study finds. In: The Guardian (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Gerny, Daniel, 2025: Der Ständerat will sich aus dem Neutralitäts-Dilemma befreien. Länder aus der Nato sollen Schweizer Kriegsmaterial weitergeben können. In: NZZ (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Häsler, Georg, 2024: Sprechen Sie schonungslos über den Krieg, Frau Bundespräsidentin. In: NZZ (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Hartmann, Lea, 2021: Amherd will Armee-Influencerinnen und Teilzeit-Soldaten. In: Blick (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Idri, Tarek, 2025: Sparen für den Krieg? In: Friedensbewegung (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Iten, Dominic, 2025a: Der Schweiz bleibt nur Freihandel. In: jungeWelt (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Iten, Dominic, 2025b: Die Schweizer Neutralität als kleinstaatlicher Opportunismus. In: Spéth, Arman/Iten, Dominic/Brügger, Lukas (Hg.), 2025: Schweizer Kapitalismus. Erfolgsmodell in der Krise. Wien
- Junge Mitte, 2025: Es ist Zeit für den Service Citoen (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Keller-Sutter, Karin, 2022: Demokratie ist keine Zwangsläufigkeit der Zivilisation (online verfügbar, Abfrage 14.6.2025)
- Koddenbrock, Kai/Iten, Dominic, 2025: «Es ist an der Zeit, jede Illusion über die Wohltätigkeit unserer Regierungen abzulegen». In: Jacobin (online verfügbar, Abfrage 4.8.2025)
- Molina, Fabian, 2025: Die Zeit der Machtpolitik ist zurück. Und die Schweiz muss handeln! www.facebook.com/reel/956273206687549 (Abfrage 14.6.2025)
- Müller, Tobias, 2025: Nato-Gipfel. Schöne Zeitenwende. In: WOZ (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- News Service Bund, 2024: Bundesrat überprüft die Rechtsform der Ruag MRO (online verfügbar, Abfrage 14.6.2025)
- News Service Bund, 2025: Kriegsmaterialgesetz. Botschaft zur Einführung einer Abwechslungskompetenz für den Bundesrat (online verfügbar, Abfrage 14.6.2025)
- PdA Bern, 2025: Stellungnahme zur Neutralitätsinitiative (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Perekhoda, Hanna, 2025: Eine gerechte Sicherheit ist möglich. In: WOZ (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Rhyn, Larissa, 2025: Jetzt wollen Sicherheitspolitiker die Schweiz näher an Europa rücken. In: Tagesanzeiger (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Rosner, Yasmin, 2025: Wir machen schon lange das, was sich Trump wünscht. In: 20min (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Säwert, Daniel, 2025: Europa will nicht von Frieden reden. In: nD-aktuell (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Schmid, Adrian, 2025: Das ist ein Witz. Deutsche attackieren Schweizer Mini-Aufrüstung und Neutralität. In: Der Bund (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Schmid, Birgit, 2022: Frauen, in den Tarnanzug. In: NZZ (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Scholz, Olaf, 2022: Regierungserklärung vom Bundeskanzler (online verfügbar, Abfrage 14.6.2025)
- Schwager, Gery, 2024: Doppelt so viel Geld für die Armee. In: Saldo (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- SRF Kids, 2023: Kinder auf Entdeckungsreise. So erlebt Yanis (11) die RS. In: SRF Kids (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- SRF Kids, 2022: Was ist die NATO? In: SRF Kids News (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- SP Schweiz, 2024a: Positionspapier Neutralität (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- SP Schweiz, 2024b: Budget 2025. Rechte Mehrheit drückt SVP-Budget und ideologische Kürzungen auf Kosten der Ärmsten durch (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- Spéth, Arman / Graff, Michael: Die Internationalisierung der Schweizer Wirtschaft. In: Spéth, Arman / Iten, Dominic / Brügger, Lukas (Hg.), 2025: Schweizer Kapitalismus. Erfolgsmodell in der Krise. Wien
- Stirnmann, Philipp 2025: Das coolste RS-Erlebnis war gleichzeitig das anstrengendste. In: 20min (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)
- VBS, 2024a: Parlament verabschiedet Zahlungsrahmen der Armee (online verfügbar, Abfrage 14.6.2025)

VBS, 2024b: Finanzierung und Ausrüstung der Armee (online verfügbar, Abfrage 14.6.2025)

Weber, Bettina, 2025: Wenn Krieg wäre. Würden Sie für die Schweiz kämpfen. In: Tagesanzeiger (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)

Wermuth, Cedric, 2025a: Fuck You Trump. www.instagram.com/reel/DGvjoIqNnei/ (Abfrage 14.6.2025)

Wermuth, Cédric, 2025b: Cédric Wermuth, Sie wollen europäische Streitkräfte mitfinanzieren? In: NZZ (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)

Zelik, Raul, 2025: Trump-Putin-Deal. Wie ukrainische Linke darauf blicken. In: nD-aktuell (online verfügbar, Abfrage 21.7.2025)